

Kommentar

Wozu ein neues Spezialgesetz, Herr Rösti?

Der Bundesrat möchte die neue Genscherentechnik liberalisieren. Dabei könnte er sie im Rahmen des bestehenden Gesetzes regeln.

Die Entscheidung des Bundesrats, die neue Genscherentechnik in einem Spezialgesetz zu regeln, sorgt für heftige Reaktionen. Gentechnik-Gegner sehen darin einen gefährlichen Schritt – in jedem Fall jedoch einen Versuch, die Gentechnik über Umwege zuzulassen.

Eigentlich ist unumstritten, dass es sich bei Genscherenverfahren wie Crispr/Cas9 um Gentechnologie handelt. Im Unterschied zur alten Gentechnik sind ihre Eingriffe ins

Erbgut zwar präziser – aber dennoch eine Veränderung der Erbinformation.

Regeln, wie diese für Konsumenten deklariert und in der Landwirtschaft eingesetzt werden soll, sollten im Gentechnikgesetz festgeschrieben werden. Stattdessen greift Bundesrat Albert Rösti zum Kniff mit dem neuen Gesetz. Das federführende Bundesamt für Umwelt spricht statt von Gentechnik bloss von neuen Züchtungsmethoden.

Im Hintergrund lobbyieren Agrarunternehmen, die früher Pestizide für die Landwirtschaft entwickelten.

Im Hintergrund lobbyieren Chemie- und Biotechunternehmen, die früher Pestizide für die Landwirtschaft entwickelten und heute an resistentem Saatgut arbeiten. Die Pflanzen sollen Schädlingen oder Pilzen widerstehen oder Trockenheit besser vertragen können. Die Agrarunternehmen lobbyieren und versprechen der Landwirtschaft das Blaue vom Himmel herunter.

Dabei sollte der Trend in eine andere Richtung gehen: Eine

nachhaltige Produktion im Einklang mit der Natur ergibt zwar weniger Erträge. Dafür fallen nicht ganze Ernten aus. Auch die Konsumenten besinnen sich wieder auf Sorten, die in der industriellen Landwirtschaft verschwunden sind.

Der Bund sollte für die Genscherentechnik eine Vorlage ausarbeiten, die die kritischen Stimmen ernst nimmt und eine Wahlfreiheit ermöglicht: Wer natürliche, unveränderte Lebensmittel konsumieren möch-

te, soll die Wahl haben. Dafür müssen Lebensmittel deklariert werden – Landwirte, die auf genveränderte Pflanzen verzichten, soll man vor verunreinigtem Saatgut schützen. Dafür braucht es ein gutes Gentechnikgesetz und kein Spezialgesetz für «neue Züchtungsmethoden».



Cyrill Pinto

Kopf

Der «oberste Bulle von Frankreich»

Bruno Retailleau Der neue Innenminister will im Land «die Ordnung wiederherstellen». Vor allem aber soll er gewährleisten, dass die extreme Rechte die Regierung duldet.

Oliver Meiler, Paris

Bruno Retailleau hat lange auf den grossen Moment in seiner politischen Karriere warten müssen – viel zu lange, wenn man ihn fragen würde. Immer kam etwas dazwischen: eine Intrige, ein Verrat, eine verlorene Wahl. Nun ist der 63-jährige ultrakonservative Westfranzose französischer Innenminister, sein Traumjob. «Premier flic de France», wie die Franzosen sagen, «oberster Bulle Frankreichs». Protokollarisch gilt er als Nummer 3 im neuen Kabinett von Premier Michel Barnier. Und er redet so viel wie kein anderer Minister. Immer auffällig, oft ausfällig, alles sehr gezielt.

Wie getrieben wirkt er. Als fürchtete er, das Glück könnte schon bald wieder enden. Falsch ist dieses Gefühl natürlich nicht: Retailleau sitzt in einer Regierung, die im Parlament keine Mehrheit hat. Da dräut das Ende fast jeden Tag. Wenn es heisst, diese fünfte Regierung in der Amtszeit von Staatspräsident Emmanuel Macron sei mit Abstand die rechteste, dann hat das viel mit dem politischen Profil von Bruno Retailleau zu tun.

Es ist gewollt: Die extreme Rechte, ohne deren Duldung die Regierung sofort stürzen würde, soll von Retailleau zufriedengestellt werden. Er gibt den harten Kerl. «Sein Körper ist gespannt wie ein Bogen», schreibt die Zeitung «Le Monde».

Bruno Retailleau kommt aus der Vendée, einem schönen Departement im Pays de la Loire an der Atlantikküste. Schon als Jugendlicher lernte er seinen politischen Mentor kennen, den Adligen Philippe de Villiers, einen Traditionalisten mit reaktionären Neigungen. Er ist elf Jahre älter als er.

De Villiers zog in der Gegend einen historischen Themenpark auf: Im «Puy du Fou» lebt das alte, prärevolutionäre



Er sieht die Immigration als Wurzel allen Übels: Bruno Retailleau. Foto: AFP

Manchmal glaubt man, Marine Le Pen reden zu hören.

Frankreich auf, es ist mit den Jahren zu einem Publikumserfolg geworden. Retailleau, der Politikwissenschaften studierte, wurde Regisseur der Inszenierungen des Parks.

1994 zog er für die Partei seines Ziehvaters erstmals in die Assemblée Nationale ein. Eine Dekade später wurde Retailleau Senator.

Dann trennten sich die Wege der vermeintlich Unzertrennlichen, in der Politik wie im Job. Plötzlich soll es da ideologische Differenzen gegeben haben,

obschon diese schwer auszumachen waren. Beide sind Nationalisten, erzkatholisch, eine Linie. Retailleau kämpfte gegen die Ehe für alle, und er stimmte gegen die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Verfassung. Aber irgendwann muss passiert sein. De Villiers behinderte fortan Retailleaus Aufstieg.

Zuletzt war der Fraktionschef der Républicains im Senat, geschätzt rundherum für seine feinen Manieren im Umgang mit den Kollegen. Nur mit Macron konnte er es nie. Noch im vergangenen Juli beschrieb er den Präsidenten in einem Interview als «toxisch» und «egozentrisch». Und liess sich nun doch überzeugen, mit den Macronisten zu koalieren. Für den Traumjob.

Als Retailleau sein Amt antrat, sagte er in die Kameras: «Ich habe drei Prioritäten, Sie werden sie sich gut merken können: Erstens, die Ordnung wiederherstellen. Zweitens, die Ordnung wiederherstellen.

Drittens, die Ordnung wiederherstellen.» Neben ihm stand sein Vorgänger Gérald Darmanin, auch nicht gerade ein Laxist der Ordnungspolitik, und schaute wie ein gescholtener Schüler zu Boden und lächelte.

Retailleau sieht Frankreich im Niedergang, zersetzt von dem, was er «décivilisation» nennt, Entzivilisierung. Das Übel von allem? Die Immigration, jede Art von Immigration. Vor ein paar Tagen sagte er: «Wie Millionen von Franzosen halte ich die Immigration für keine Chance.» Sein Vorgänger erinnerte ihn daran, dass es ohne Einwanderung gar nicht ginge. Retailleau sagte auch: «Der Rechtsstaat ist weder unantastbar noch heilig.»

Manchmal glaubt man, Marine Le Pen reden zu hören. Und genau so ist das ja auch gedacht. Bruno Retailleau soll mit harter Rhetorik dafür sorgen, dass die extreme Rechte die Regierung mitträgt, möglichst lange.

Gastbeitrag

Das BIP als Massstab ist ein Auslaufmodell

Für das Messen unseres Wirtschaftserfolgs gibt es zeitgemässere Alternativen.

Agnes Jezler

Die BIP-Prognose 2024 sei unterdurchschnittlich, war im «Tages-Anzeiger» zu lesen. Eine Expertengruppe prognostiziert alle drei Monate, wie gut sich die Schweizer Wirtschaft entwickelt. Messgrösse ist das Bruttoinlandprodukt (BIP), also der Wert aller Güter und Dienstleistungen. Nimmt das BIP zu, geht es der Wirtschaft gut. Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut.

Wer das infrage stelle, arbeite mit «ideologisch aufgeladenen Allerbegriffen». Das behaupten Wirtschaftsliberale. Die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt, die «Anti-Wachstums-Bewegung» habe «einen totalitären Charakter».

Das sitzt. Dennoch ist es falsch. In der Schweiz sind sieben von zehn Menschen überzeugt, dass die «natürlichen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums» erreicht seien. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GFS Zürich im Auftrag von Greenpeace. Acht von zehn Befragten sind der Meinung, es brauche Wege, wie wir «unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können».

Seit den 1950er-Jahren messen wir den Erfolg unserer Wirtschaft mit dem BIP. Dem BIP ist es aber weitgehend egal, wie es um soziale Gerechtigkeit, Umweltzerstörung oder unsere Gesundheit und Zufriedenheit steht. Eine Wirtschaft hat keine Raison d’Être, wenn sie nicht zum Wohlergehen beiträgt. Das bildet das BIP nicht ab, ebenso wenig wie die dominierenden Wirtschaftsmodelle mit dem «homo oeconomicus» im Zentrum. Die Menschen handeln sozialer als das Modell.

Es gibt Alternativen, die die Realität besser abbilden. Etwa die Wohlfahrtsmessung des Bundesamts für Statistik mit Indikatoren wie Bildung, Gesundheit und Umweltqualität. Und an der Uni Zürich

macht sich eine Gruppe von Studierenden für Plurale Ökonomie stark. Sie fordert einen Lehrplan, der nicht nur auf Gewinnmaximierung und Wachstum fixiert ist.

Die Greenpeace-Studie «Transformation zu einem sozialgerechten Leben innerhalb der planetaren Grenzen» zeigt, wohin die Wachstumslogik geführt hat. Wir befinden uns ausserhalb der Zone, die den viel zitierten Wohlstand langfristig ermöglicht. Das sind Alarmzeichen, die jede BIP-Prognose zu Makulatur werden lässt. Der Bundesrat schreibt im Umweltbericht 2022: «Noch ist eine nachhaltige Zukunft erreichbar, sie erfordert aber einen grundlegenden Wandel von Produktion und Konsum. (...) Nicht-handeln hat negative ökonomische Folgen.»

Das weckt Verlustängste. Umso wichtiger ist es, Lasten und Wohlstand gerecht zu verteilen. Für die Klimapolitik etwa heisst das: Wer viel Ressourcen verbraucht oder viel CO₂ emittiert – etwa mit Privatjets – muss zahlen. Oder besser: Privilegien abgeben.

Noch fehlen zwar umfassende Modelle, wie sie die klassischen Wirtschaftswissenschaften gewohnt sind. Doch deren Modelle halten mit der Gegenwart nicht mit. Grünes Wachstum gibt es nicht: Wenn Autohersteller effizienter und günstiger produzieren, folgt bald ein grösseres Modell mit mehr Ressourcenverbrauch.

Die Bausteine für eine andere Wirtschaft sind vorhanden: geteilter Wohlstand durch einen starken Service public, weniger Ressourcenverbrauch, energieintensive Produktionsformen aufgeben, Arbeit weniger besteuern, dafür Vermögen und Erbschaften stärker, genauso wie den Verbrauch von Primärressourcen.

Agnes Jezler ist Change-Expertin bei Greenpeace Schweiz.